

782 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten

über den Antrag der Abgeordneten Ing. Hobl, Dr. Lichal, Dr. Ofner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zivildienstgesetz geändert wird (113/A)

Die Abgeordneten Ing. Hobl, Doktor Lichal, Dr. Ofner und Genossen haben am 10. Juni 1981 den obgenannten Initiativantrag eingebracht und wie folgt begründet:

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zu einer Heeresgebührengesetz-Novelle (638 d. B.) übermittelt, die auf Grund des Berichtes des Landesverteidigungsausschusses (688 d. B.) bereits vom Nationalrat in der Sitzung am 7. Mai 1981 beschlossen wurde. Durch diese Heeresgebührengesetz-Novelle soll in Hinkunft ein Anspruch auf Fahrtkostenvergütung für Hin- und Rückfahrten auf der Strecke zwischen dem Dienstort des Wehrpflichtigen und der Wohnung bzw. der Arbeitsstelle zweimal im Monat bestehen. Das derzeit geltende Heeresgebührengesetz sieht einen solchen Anspruch nur einmal im Monat vor.

§ 31 Abs. 1 Z 4 des Zivildienstgesetzes begründet einen analogen Anspruch auf kostenlose Fahrten vom Einsatzort zur Wohnung. Durch den gegenständlichen Antrag soll nun dem Grundsatz der möglichst weitgehenden Gleichstellung von Präsenzdienern und Zivildienern auch für Letztere ein Anspruch auf eine zweite kostenlose Fahrt zum Wohnort begründet werden. Diesem „Gleichbehandlungsgrundsatz“ folgend, sollen die Fahrtkosten jedoch nur mehr in Ausnahmefällen direkt an Zivildienern ausbezahlt werden. In erster Linie sind Zivildienern Fahr-Gutscheine für die Benützung der jeweils in Betracht kommenden Massenförderungsmitel zur Verfügung zu stellen. Nur wenn dies nicht

möglich ist, soll auch in Zukunft die direkte Abrechnung der Fahrtkosten mit dem Bundesministerium für Inneres erfolgen.

Der Ausschuss für innere Angelegenheiten hat in seiner Sitzung am 24. Juni 1981 den Gesetzentwurf in Verhandlung gezogen. In der Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Lichal, Dr. Ofner, Dr. Ermacora, Kraft und Braun sowie der Ausschussobmann Abgeordneter Ing. Hobl und der Bundesminister für Inneres L. a. n. c. beteiligten, wurden von den Abgeordneten Ing. Hobl, Dr. Lichal und Dr. Ofner zwei Abänderungsanträge eingebracht.

Bei der Abstimmung wurde der im Antrag 113/A enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der oberwähnten Abänderungsanträge einstimmig angenommen.

Die Anfügung des § 74 wird wie folgt begründet:

Die vorgesehene Bestimmung ist für die Bewältigung der Aufgaben der Zivildienstverwaltung unerlässlich. Eine in die gleiche Richtung gehende Novellierung des § 18 AVG 1950 wird zwar vorbereitet, deren Gesetzwerdung kann jedoch mit Rücksicht auf die Dringlichkeit nicht abgewartet werden. Die Umstellung der Zivildienstverwaltung auf EDV ist bereits in ein so konkretes Stadium getreten, daß die vorgesehene Bestimmung spätestens im Februar 1982 unbedingt benötigt wird.

Der Ausschuss für innere Angelegenheiten stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1981 06 24

Lona Murowatz
Berichterstatfter

Ing. Hobl
Obmann

Bundesgesetz vom XXXXX 1981, mit dem das Zivildienstgesetz (ZDG) geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

(Verfassungsbestimmung)

Die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im Art. II des vorliegenden Bundesgesetzes enthalten sind, sowie die Vollziehung dieser Vorschriften sind auch in den Belangen Bundessache, hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 etwas anderes besagt.

Artikel II

Das Zivildienstgesetz, BGBl. Nr. 187/1974, in der Fassung der Kundmachungen BGBl. Nr. 235/1977, BGBl. Nr. 599/1977, BGBl. Nr. 46/1980 und der Bundesgesetze BGBl. Nr. 322/1980 und BGBl. Nr. 496/1980 wird wie folgt geändert:

1. § 31 Abs. 1 Z 4 hat zu lauten:

„4. die Hin- und Rückreise zweimal im Monat während des ordentlichen Zivildienstes auf der in Z 1 genannten Strecke, insoweit im selben Monat nicht Z 2 oder Z 3 anzuwenden ist und sofern es die jeweiligen Erfordernisse des Zivildienstes sonst zulassen, daß der Zivildienstleistende seine Einrichtung verläßt.“

2. § 31 Abs. 4 ist folgender Abs. 5 anzufügen:

„(5) Sofern es im Interesse der Einfachheit und Zweckmäßigkeit gelegen ist, sind dem Zivildienstpflichtigen für die Fahrten nach Abs. 1 Z 1 bis 5 Fahrscheine (Gutscheine) für die Benützung der

jeweils in Betracht kommenden Massenbeförderungsmittel (Abs. 2) zur Verfügung zu stellen. Werden Fahrscheine nicht zur Verfügung gestellt, sind die notwendigen Fahrtkosten in den Fällen des Abs. 1 Z 1, 3, 4 und 5 innerhalb von drei Tagen nach Beendigung der Reise bei der Einrichtung (Dienstverrichtungsstelle) nachzuweisen. Wird der Nachweis innerhalb der genannten Frist unterlassen, so erlischt der Anspruch auf Reisekostenvergütung.“

3. § 31 Abs. 5 ist folgender Abs. 6 anzufügen:

„(6) Die Reisekostenvergütung nach Abs. 1 Z 1 bis 5 ist, sofern nicht Fahrscheine (Gutscheine) zur Verfügung gestellt werden, innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung der Reise auszusahlen.“

4. Die Überschrift des Abschnittes XI hat zu lauten:

„Übergangs-, Schluß- und besondere Verfahrensbestimmungen“

5. § 73 ist folgender § 74 anzufügen:

„§ 74. Schriftliche Ausfertigungen von durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Erledigungen (§ 18 AVG 1950), die unter Verwendung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen hergestellt werden, bedürfen weder der Unterschrift noch der Beglaubigung.“

Artikel III

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Feber 1982 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Inneres betraut.